

Unsere Basistarife swa Trinkwasser

Preise

Verordnung über Allgemeine Bedingungen für
die Versorgung mit Wasser
(AVBWasserV)

Ergänzende Bedingungen
zur AVBWasserV

Immer an deiner Seite



swa Trinkwasser Basis

Beste Trinkwasserqualität aus dem Hahn!

Die folgenden Informationen ergänzen die „Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser“ (AVBWasserV vom 20. Juni 1980, zuletzt durch Artikel 8 der Verordnung vom 11. Dezember 2014 geändert). Für die unterschiedlichen Jahresverbräuche unserer Privatkunden bieten wir drei verschiedene Preisgruppen für swa Trinkwasser Basis an. Die Preise

gelten im Versorgungsgebiet der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH für Zählergrößen mit einem Nenn- bzw. Dauerdurchfluss (Durchflussmenge pro Stunde) bis Q_n 2,5 (entspricht 2.500 Liter pro Stunde) beziehungsweise Q_3 4 (entspricht 4.000 Liter pro Stunde). 1 m³ entspricht 1.000 Liter.

Preisgruppe / Jahresverbrauch	Bruttopreise		Nettopreise	
	Verbrauchspreis pro m ³	Monatlicher Grundpreis	Verbrauchspreis pro m ³	Monatlicher Grundpreis
swa Trinkwasser Basis 1 0 bis 60 m ³	2,65 Euro	8,72 Euro	2,48 Euro	8,15 Euro
swa Trinkwasser Basis 2 61 bis 595 m ³	2,16 Euro	11,20 Euro	2,02 Euro	10,47 Euro
swa Trinkwasser Basis 3 über 595 m ³	2,10 Euro	14,39 Euro	1,96 Euro	13,45 Euro

Am Ende eines Abrechnungsjahres werden Sie innerhalb der Preisgruppen von swa Trinkwasser Basis entsprechend dem tatsächlichen Jahresverbrauch rückwirkend in die für Sie günstigste Preisgruppe

eingestuft. Diese Einstufung errechnet sich aus den Nettopreisen. Der Grundpreis fällt auch dann an, wenn kein Trinkwasser abgenommen wird.

GRUNDPREISE FÜR HAUSANSCHLÜSSE OHNE EINGEBAUTEN WASSERZÄHLER (nur bei bestimmten Anschlüssen nach Absprache vorübergehend noch möglich)

	Bruttopreise	Nettopreise
Grundpreis nach Nennweite je Hausanschluss und Monat bei DN ≤ 80	49,35 Euro	46,12 Euro
Grundpreis nach Nennweite je Hausanschluss und Monat bei DN > 80	84,30 Euro	78,78 Euro

Als Hausanschlüsse ohne eingebauten Wasserzähler gelten auch Abzweigungen ohne entsprechende Messeinrichtung.

VORÜBERGEHENDE VERSORGUNG MIT WASSER

(Neubau, Umbau, fliegende Bauten, Standrohr usw.)

	Bruttopreise	Nettopreise
Sicherheitsbetrag (Kautions)	1.000,00 Euro	
Grundpreis für die ersten 30 Tage	70,00 Euro	65,42 Euro
Grundpreis für jeden weiteren Tag	1,50 Euro	1,40 Euro
Verbrauchspreis pro m ³	2,65 Euro	2,48 Euro
Grundpreis nach festgesetztem Rückgabetermin pro Kalendertag	3,00 Euro	2,80 Euro

Der Sicherheitsbetrag wird nach Rückgabe mit den entstandenen Kosten (Grundpreis + Verbrauch) verrechnet und der verbleibende Betrag wird erstattet. Bei nicht fristgerechter Rückgabe wird eine Aufwandspauschale von 500,00 Euro berechnet.

ZUSÄTZLICHE AUFSCHLÄGE FÜR ZÄHLER GRÖßER Q_n 2,5 / Q₃ 4

Je nach Anlagengröße stehen unterschiedliche Wasserzähler zur Verfügung. Für die Vorhaltung der verschiedenen Zähler und der Ablesart werden folgende Aufschläge auf den Grundpreis verrechnet:

Zählergröße	Haushaltszähler monatlicher Aufschlag		Großwasserzähler monatlicher Aufschlag		Verbundwasserzähler monatlicher Aufschlag	
	Bruttopreise	Nettopreise	Bruttopreise	Nettopreise	Bruttopreise	Nettopreise
Q _n 6 / Q ₃ 10	0,77 Euro	0,72 Euro				
Q _n 10 / Q ₃ 16	2,32 Euro	2,17 Euro				
Q _n 15 / Q ₃ 25	11,15 Euro	10,42 Euro	11,15 Euro	10,42 Euro	34,71 Euro	32,44 Euro
Q _n 40 / Q ₃ 40 / Q ₃ 63			38,15 Euro	35,65 Euro	38,65 Euro	36,12 Euro
Q _n 60 / Q ₃ 100			48,04 Euro	44,90 Euro	49,44 Euro	46,21 Euro
Q _n 150 / Q _n 250 / Q ₃ 250 / Q ₃ 400			106,16 Euro	99,21 Euro	85,85 Euro	80,23 Euro
Schachtzähler	1,90 Euro	1,78 Euro	1,90 Euro	1,78 Euro	1,90 Euro	1,78 Euro
M-Bus Protokoll	4,82 Euro	4,50 Euro	4,82 Euro	4,50 Euro	4,82 Euro	4,50 Euro

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

- Der Kunde verpflichtet sich, für einen Hausanschluss oder vor einer Veränderung seiner Anlage seine Verbrauchseinrichtungen von einer Vertragsinstallationsfirma bei den Stadtwerken anmelden zu lassen.
- Die erstmalige Inbetriebsetzung einer Kundenanlage ist unentgeltlich; jede weitere wird dem Kunden berechnet.
- Der Bezug von Wasser zu Feuerlöschzwecken erfordert grundsätzlich eine vorherige Abstimmung mit der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH. Hierfür gelten gesonderte Vertragsbedingungen.

- Aktuelle Informationen, insbesondere über geltende AVBWasserV und die dazu Ergänzenden Bedingungen, finden Sie im Internet unter www.sw-augsburg.de.
- Bisherige Preisblätter verlieren hiermit Ihre Gültigkeit.
- Der Messpreis beinhaltet eine Zählerablesung und eine Abrechnung pro Jahr.

STEUERN

Alle Preise enthalten die Umsatzsteuer von derzeit 7 %. Die Bruttopreise sind aus den Nettopreisen errechnet und kaufmännisch auf zwei Stellen hinter dem Komma gerundet.

Preise gültig ab 1. Oktober 2023.

VERORDNUNG ÜBER ALLGEMEINE BEDINGUNGEN FÜR DIE VERSORGUNG MIT WASSER (AVBWASSERV)

„Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser vom 20. Juni 1980 (BGBl. I S. 750,1067), die zuletzt durch Artikel 8 der Verordnung vom 11. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2010) geändert worden ist“

Auf Grund des § 27 des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen vom 9. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3317) wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1 Gegenstand der Verordnung

- (1) Soweit Wasserversorgungsunternehmen für den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung und für die öffentliche Versorgung mit Wasser Vertragsmuster oder Vertragsbedingungen verwenden, die für eine Vielzahl von Verträgen vorformuliert sind (allgemeine Versorgungsbedingungen), gelten die §§ 2 bis 34. Diese sind, soweit Absatz 3 und § 35 nichts anderes vorsehen, Bestandteil des Leistungsvertrages.
- (2) Die Verordnung gilt nicht für den Anschluss und die Versorgung von Industrieunternehmen und Weiterverteilern sowie für die Vorhaltung von Löschwasser.
- (3) Der Vertrag kann auch zu allgemeinen Versorgungsbedingungen abgeschlossen werden, die von den §§ 2 bis 34 abweichen, wenn das Wasserversorgungsunternehmen einen Vertragsabschluss zu den allgemeinen Bedingungen dieser Verordnung angeboten hat und der Kunde mit den Abweichungen ausdrücklich einverstanden ist. Auf die abweichenden Bedingungen sind die §§ 305 bis 310 des Bürgerlichen Gesetzbuchs anzuwenden.
- (4) Das Wasserversorgungsunternehmen hat seine allgemeinen Versorgungsbedingungen, soweit sie in dieser Verordnung nicht abschließend geregelt sind oder nach Absatz 3 von den §§ 2 bis 34 abweichen, einschließlich der dazugehörigen Preisregelungen und Preislisten in geeigneter Weise öffentlich bekanntzugeben.

§ 2 Vertragsabschluss

- (1) Der Vertrag soll schriftlich abgeschlossen werden. Ist er auf andere Weise zustande gekommen, so hat das Wasserversorgungsunternehmen den Vertragsabschluss dem Kunden unverzüglich schriftlich zu bestätigen. Wird die Bestätigung mit automatischen Einrichtungen ausgefertigt, bedarf es keiner Unterschrift. Im Vertrag oder in der Vertragsbestätigung ist auf die allgemeinen Versorgungsbedingungen hinzuweisen.
- (2) Kommt der Vertrag dadurch zustande, dass Wasser aus dem Verteilungsnetz des Wasserversorgungsunternehmens entnommen wird, so ist der Kunde verpflichtet, dies dem Unternehmen unverzüglich mitzuteilen. Die Versorgung erfolgt zu den für gleichartige Versorgungsverhältnisse geltenden Preisen.
- (3) Das Wasserversorgungsunternehmen ist verpflichtet, jedem Neukunden bei Vertragsabschluss sowie den übrigen Kunden auf Verlangen die dem Vertrag zugrunde liegenden allgemeinen Versorgungsbedingungen einschließlich der dazugehörigen Preisregelungen und Preislisten unentgeltlich auszuhändigen.

§ 3 Bedarfsdeckung

- (1) Das Wasserversorgungsunternehmen hat dem Kunden im Rahmen des wirtschaftlich Zumutbaren die Möglichkeit einzuräumen, den Bezug auf den von ihm gewünschten Verbrauchszweck oder auf einen Teilbedarf zu beschränken. Der Kunde ist verpflichtet, seinen Wasserbedarf im vereinbarten Umfang aus dem Verteilungsnetz des Wasserversorgungsunternehmens zu decken.
- (2) Vor der Errichtung einer Eigengewinnungsanlage hat der Kunde dem Wasserversorgungsunternehmen Mitteilung zu machen. Der Kunde hat durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass von seiner Eigenanlage keine Rückwirkungen in das öffentliche Wasserversorgungsnetz möglich sind.

§ 4 Art der Versorgung

- (1) Das Wasserversorgungsunternehmen stellt zu den jeweiligen allgemeinen Versorgungsbedingungen einschließlich der dazugehörigen Preise Wasser zur Verfügung.
- (2) Änderungen der allgemeinen Versorgungsbedingungen werden erst nach öffentlicher Bekanntgabe wirksam. Dies gilt auch für die dazugehörigen Preise, sofern sie nicht dem Kunden im Einzelfall mitgeteilt werden.
- (3) Das Wasser muss den jeweils geltenden Rechtsvorschriften und den anerkannten Regeln der Technik für die vereinbarte Bedarfsart (Trink- oder Betriebswasser) entsprechen. Das Wasserversorgungsunternehmen ist verpflichtet, das Wasser unter dem Druck zu liefern, der für eine einwandfreie Deckung des üblichen Bedarfs in dem betreffenden Versorgungsgebiet erforderlich ist. Das Unternehmen ist berechtigt, die Beschaffenheit und den Druck des Wassers im Rahmen der gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen sowie der anerkannten Regeln der Technik zu ändern, falls dies in besonderen Fällen aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen zwingend notwendig ist; dabei sind die Belange des Kunden möglichst zu berücksichtigen.
- (4) Stellt der Kunde Anforderungen an Beschaffenheit und Druck des Wassers, die über die vorgenannten Verpflichtungen hinausgehen, so obliegt es ihm selbst, die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen.

§ 5 Umfang der Versorgung, Benachrichtigung bei Versorgungsunterbrechungen

- (1) Das Wasserversorgungsunternehmen ist verpflichtet, Wasser im vereinbarten Umfang jederzeit am Ende der Anschlussleitung zur Verfügung zu stellen. Dies gilt nicht
 1. soweit zeitliche Beschränkungen zur Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung erforderlich oder sonst vertraglich vorbehalten sind,
 2. soweit und solange das Unternehmen an der Versorgung durch höhere Gewalt oder sonstige Umstände, deren Beseitigung ihm wirtschaftlich nicht zugemutet werden kann, gehindert ist.
- (2) Die Versorgung kann unterbrochen werden, soweit dies zur Vornahme betriebsnotwendiger Arbeiten erforderlich ist. Das Wasserversorgungsunternehmen hat jede Unterbrechung oder Unregelmäßigkeit unverzüglich zu beheben.

(3) Das Wasserversorgungsunternehmen hat die Kunden bei einer nicht nur für kurze Dauer beabsichtigten Unterbrechung der Versorgung rechtzeitig in geeigneter Weise zu unterrichten. Die Pflicht zur Benachrichtigung entfällt, wenn die Unterbrechung

1. nach den Umständen nicht rechtzeitig möglich ist und das Unternehmen dies nicht zu vertreten hat oder
2. die Beseitigung von bereits eingetretenen Unterbrechungen verzögern würde.

§ 6 Haftung bei Versorgungsstörungen

- (1) Für Schäden, die ein Kunde durch Unterbrechung der Wasserversorgung oder durch Unregelmäßigkeiten in der Belieferung erleidet, haftet das ihn beliefernde Wasserversorgungsunternehmen aus Vertrag oder unerlaubter Handlung im Falle
 1. der Tötung oder Verletzung des Körpers oder der Gesundheit des Kunden, es sei denn, dass der Schaden von dem Unternehmen oder einem Erfüllungs- oder Verrichtungsgehilfen weder vorsätzlich noch fahrlässig verursacht worden ist,
 2. der Beschädigung einer Sache, es sei denn, dass der Schaden weder durch Vorsatz noch durch grobe Fahrlässigkeit des Unternehmens oder eines Erfüllungs- oder Verrichtungsgehilfen verursacht worden ist, 3. eines Vermögensschadens, es sei denn, dass dieser weder durch Vorsatz noch durch grobe Fahrlässigkeit des Inhabers des Unternehmens oder eines vertretungsberechtigten Organs oder Gesellschafters verursacht worden ist.
- § 831 Abs. 1 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist nur bei vorsätzlichem Handeln von Verrichtungsgehilfen anzuwenden.
- (2) Absatz 1 ist auch auf Ansprüche von Kunden anzuwenden, die diese gegen ein drittes Wasserversorgungsunternehmen aus unerlaubter Handlung geltend machen. Das Wasserversorgungsunternehmen ist verpflichtet, seinen Kunden auf Verlangen über die mit der Schadensverursachung durch ein drittes Unternehmen zusammenhängenden Tatsachen insoweit Auskunft zu geben, als sie ihm bekannt sind oder von ihm in zumutbarer Weise aufgeklärt werden können und ihre Kenntnis zur Geltendmachung des Schadensersatzes erforderlich ist.
- (3) Die Ersatzpflicht entfällt für Schäden unter 15 Euro.
- (4) Ist der Kunde berechtigt, das gelieferte Wasser an einen Dritten weiterzuleiten, und erleidet dieser durch Unterbrechung der Wasserversorgung oder durch Unregelmäßigkeiten in der Belieferung einen Schaden, so haftet das Wasserversorgungsunternehmen dem Dritten gegenüber in demselben Umfang wie dem Kunden aus dem Leistungsvertrag.
- (5) Leitet der Kunde das gelieferte Wasser an einen Dritten weiter, so hat er im Rahmen seiner rechtlichen Möglichkeiten sicherzustellen, dass dieser aus unerlaubter Handlung keine weitergehenden Schadensersatzansprüche erheben kann, als sie in den Absätzen 1 bis 3 vorgesehen sind. Das Wasserversorgungsunternehmen hat den Kunden hierauf bei Abschluss des Vertrages besonders hinzuweisen.
- (6) Der Kunde hat den Schaden unverzüglich dem ihn beliefernden Wasserversorgungsunternehmen oder, wenn dieses feststeht, dem ersatzpflichtigen Unternehmen mitzuteilen. Leitet der Kunde das gelieferte Wasser an einen Dritten weiter, so hat er diese Verpflichtung auch dem Dritten aufzuerlegen.

§ 7

(weggefallen)

§ 8 Grundstücksbenutzung

- (1) Kunden und Anschlussnehmer, die Grundstückseigentümer sind, haben für Zwecke der örtlichen Versorgung das Anbringen und Verlegen von Leitungen einschließlich Zubehör zur Zu- und Fortleitung von Wasser über ihre im gleichen Versorgungsgebiet liegenden Grundstücke sowie erforderliche Schutzmaßnahmen unentgeltlich zuzulassen. Diese Pflicht betrifft nur Grundstücke, die an die Wasserversorgung angeschlossen sind, die vom Eigentümer in wirtschaftlichem Zusammenhang mit der Wasserversorgung genutzt werden oder für die die Möglichkeit der Wasserversorgung sonst wirtschaftlich vorteilhaft ist. Sie entfällt, wenn die Inanspruchnahme der Grundstücke dem Eigentümer mehr als notwendig oder in unzumutbarer Weise belasten würde.
- (2) Der Kunde oder Anschlussnehmer ist rechtzeitig über Art und Umfang der beabsichtigten Inanspruchnahme des Grundstückes zu benachrichtigen.
- (3) Der Grundstückseigentümer kann die Verlegung der Einrichtungen verlangen, wenn sie an der bisherigen Stelle für ihn nicht mehr zumutbar sind. Die Kosten der Verlegung hat das Wasserversorgungsunternehmen zu tragen; dies gilt nicht, soweit die Einrichtungen ausschließlich der Versorgung des Grundstücks dienen.
- (4) Wird der Wasserbezug eingestellt, so hat der Grundstückseigentümer die Entfernung der Einrichtungen zu gestatten oder sie auf Verlangen des Unternehmens noch fünf Jahre unentgeltlich zu dulden, es sei denn, dass ihm dies nicht zugemutet werden kann.
- (5) Kunden und Anschlussnehmer, die nicht Grundstückseigentümer sind, haben auf Verlangen des Wasserversorgungsunternehmens die schriftliche Zustimmung des Grundstückseigentümers zur Benutzung des zu versorgenden Grundstücks im Sinne der Absätze 1 und 4 beizubringen.
- (6) Die Absätze 1 bis 5 gelten nicht für öffentliche Verkehrswege und Verkehrsflächen sowie für Grundstücke, die durch Planfeststellung für den Bau von öffentlichen Verkehrswegen und Verkehrsflächen bestimmt sind.

§ 9 Baukostenzuschüsse

- (1) Das Wasserversorgungsunternehmen ist berechtigt, von den Anschlussnehmern einen angemessenen Baukostenzuschuss zur teilweisen Abdeckung der bei wirtschaftlicher Betriebsführung notwendigen Kosten für die Erstellung oder Verstärkung von der örtlichen Versorgung dienenden Verteilungsanlagen zu verlangen, soweit sie sich ausschließlich dem Versorgungsbereich zuordnen lassen, in dem der Anschluss erfolgt. Baukostenzuschüsse dürfen höchstens 70 vom Hundert dieser Kosten abdecken.
- (2) Der von den Anschlussnehmern als Baukostenzuschuss zu übernehmende Kostenanteil kann unter Zugrundelegung der Straßenfrontlänge des anzuschließenden Grundstücks und des Preises für einen Meter Versorgungsleitung

bemessen werden. Der Preis für einen Meter Versorgungsleitung ergibt sich aus den Anschaffungs- und Herstellungskosten der in Absatz 1 genannten Verteilungsanlagen, geteilt durch die Summe der Straßenfrontlängen aller Grundstücke, die im betreffenden Versorgungsbereich an die Verteilungsanlagen angeschlossen werden können. Das Wasserversorgungsunternehmen kann der Berechnung eine die Verhältnisse des Versorgungsbereichs berücksichtigende Mindeststraßenfrontlänge von bis zu 15 Metern zugrunde legen.

(3) Das Wasserversorgungsunternehmen kann bei der Bemessung des Baukostenzuschusses an Stelle oder neben der Straßenfrontlänge andere kostenorientierte Bemessungseinheiten, wie die Grundstücksgröße, die Geschosfläche oder die Zahl der Wohnungseinheiten oder gleichartiger Wirtschaftseinheiten verwenden. In diesem Fall ist bei der Berechnung des Baukostenzuschusses die Summe der Bemessungseinheiten der Grundstücke zu berücksichtigen, die im betreffenden Versorgungsbereich angeschlossen werden können.

(4) Ein weiterer Baukostenzuschuss darf nur verlangt werden, wenn der Anschlussnehmer seine Leistungsanforderung wesentlich erhöht. Er ist nach den Absätzen 2 und 3 zu bemessen.

(5) Wird ein Anschluss an eine Verteilungsanlage hergestellt, die vor dem 1. Januar 1981 errichtet worden oder mit deren Errichtung vor diesem Zeitpunkt begonnen worden ist, so kann das Wasserversorgungsunternehmen abweichend von den Absätzen 1 bis 3 einen Baukostenzuschuss nach Maßgabe der für die Anlage bisher verwendeten Berechnungsmaßstäbe verlangen.

(6) Der Baukostenzuschuss und die in § 10 Abs. 5 geregelten Hausanschlusskosten sind getrennt zu errechnen und dem Anschlussnehmer aufgegliedert auszuweisen.

§ 10 Hausanschluss

(1) Der Hausanschluss besteht aus der Verbindung des Verteilungsnetzes mit der Kundenanlage. Er beginnt an der Abzweigstelle des Verteilungsnetzes und endet mit der Hauptabsperrvorrichtung.

(2) Art, Zahl und Lage der Hausanschlüsse sowie deren Änderung werden nach Anhörung des Anschlussnehmers und unter Wahrung seiner berechtigten Interessen vom Wasserversorgungsunternehmen bestimmt.

(3) Hausanschlüsse gehören zu den Betriebsanlagen des Wasserversorgungsunternehmens und stehen vorbehaltlich abweichender Vereinbarung in dessen Eigentum. In dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet bleibt das am Tag des Wirksamwerdens des Beitritts bestehende Eigentum eines Kunden an einem Hausanschluss, den er auf eigene Kosten errichtet oder erweitert hat, bestehen, solange er das Eigentum nicht auf das Wasserversorgungsunternehmen überträgt. Hausanschlüsse werden ausschließlich von dem Wasserversorgungsunternehmen hergestellt, unterhalten, erneuert, geändert, abgetrennt und beseitigt, müssen zugänglich und vor Beschädigungen geschützt sein. Soweit das Versorgungsunternehmen die Erstellung des Hausanschlusses oder Veränderungen des Hausanschlusses nicht selbst, sondern durch Nachunternehmer durchführen lässt, sind Wünsche des Anschlussnehmers bei der Auswahl der Nachunternehmer zu berücksichtigen. Der Anschlussnehmer hat die baulichen Voraussetzungen für die sichere Errichtung des Hausanschlusses zu schaffen. Er darf keine Einwirkungen auf den Hausanschluss vornehmen oder vornehmen lassen.

(4) Das Wasserversorgungsunternehmen ist berechtigt, vom Anschlussnehmer die Erstattung der bei wirtschaftlicher Betriebsführung notwendigen Kosten für

1. die Erstellung des Hausanschlusses,

2. die Veränderungen des Hausanschlusses, die durch eine Änderung oder Erweiterung seiner Anlage erforderlich oder aus anderen Gründen von ihm veranlasst werden, zu verlangen. Die Kosten können pauschal berechnet werden.

(5) Kommen innerhalb von fünf Jahren nach Herstellung des Hausanschlusses weitere Anschlüsse hinzu und wird der Hausanschluss dadurch teilweise zum Bestandteil des Verteilungsnetzes, so hat das Wasserversorgungsunternehmen die Kosten neu aufzuteilen und dem Anschlussnehmer den etwa zuviel gezahlten Betrag zu erstatten.

(6) Soweit hinsichtlich des Eigentums am Hausanschluss und der daraus folgenden Pflichten zur Herstellung, Unterhaltung, Erneuerung, Änderung, Abtrennung und Beseitigung bestehende allgemeine Versorgungsbedingungen von Absatz 3 abweichen, können diese Regelungen auch nach Inkrafttreten dieser Verordnung beibehalten werden.

(7) Jede Beschädigung des Hausanschlusses, insbesondere das Undichtwerden von Leitungen sowie sonstige Störungen sind dem Wasserversorgungsunternehmen unverzüglich mitzuteilen.

(8) Kunden und Anschlussnehmer, die nicht Grundstückseigentümer sind, haben auf Verlangen des Wasserversorgungsunternehmens die schriftliche Zustimmung des Grundstückseigentümers zur Herstellung des Hausanschlusses unter Anerkennung der damit verbundenen Verpflichtungen beizubringen.

§ 11 Messeinrichtungen an der Grundstücksgrenze

(1) Das Wasserversorgungsunternehmen kann verlangen, dass der Anschlussnehmer auf eigene Kosten nach seiner Wahl an der Grundstücksgrenze einen geeigneten Wasserzählerschacht oder Wasserzählerschrank anbringt, wenn

1. das Grundstück unbebaut ist oder

2. die Versorgung des Gebäudes mit Anschlussleitungen erfolgt, die unverhältnismäßig lang sind oder nur unter besonderen Erschwernissen verlegt werden können, oder

3. kein Raum zur frostsicheren Unterbringung des Wasserzählers vorhanden ist.

(2) Der Anschlussnehmer ist verpflichtet, die Einrichtungen in ordnungsgemäßem Zustand und jederzeit zugänglich zu halten.

(3) Der Anschlussnehmer kann die Verlegung der Einrichtungen auf seine Kosten verlangen, wenn sie an der bisherigen Stelle für ihn nicht mehr zumutbar sind und die Verlegung ohne Beeinträchtigung einer einwandfreien Messung möglich ist.

(4) § 10 Abs. 8 gilt entsprechend.

§ 12 Kundenanlage

(1) Für die ordnungsgemäße Errichtung, Erweiterung, Änderung und Unterhaltung der Anlage hinter dem Hausanschluss, mit Ausnahme der Messeinrichtungen des Wasserversorgungsunternehmens ist der Anschlussnehmer verantwortlich. Hat er die Anlage oder Anlagenteile einem Dritten vermietet oder sonst zur Benutzung überlassen, so ist er neben diesem verantwortlich.

(2) Die Anlage darf nur unter Beachtung der Vorschriften dieser Verordnung und anderer gesetzlicher oder behördlicher Bestimmungen sowie nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik errichtet, erweitert, geändert und unterhalten werden. Die Errichtung der Anlage und wesentliche Veränderungen dürfen nur durch das Wasserversorgungsunternehmen oder ein in ein Installateurverzeichnis eines Wasserversorgungsunternehmens eingetragenes Installationsunternehmen erfolgen. Das Wasserversorgungsunternehmen ist berechtigt, die Ausführung der Arbeiten zu überwachen.

(3) Anlagenteile, die sich vor den Messeinrichtungen befinden, können plombiert werden. Ebenso können Anlagenteile, die zur Kundenanlage gehören, unter Plombenanschluss genommen werden, um eine einwandfreie Messung zu gewährleisten. Die dafür erforderliche Ausstattung der Anlage ist nach den Angaben des Wasserversorgungsunternehmens zu veranlassen.

(4) Die Teile des Hausanschlusses, die in Anwendung von § 10 Abs. 6 im Eigentum des Kunden stehen und zu deren Unterhaltung er verpflichtet ist, sind Bestandteile der Kundenanlage.

§ 13 Inbetriebsetzung der Kundenanlage

(1) Das Wasserversorgungsunternehmen oder dessen Beauftragte schließen die Kundenanlage an das Verteilungsnetz an und setzen sie in Betrieb.

(2) Jede Inbetriebsetzung der Anlage ist beim Wasserversorgungsunternehmen über das Installationsunternehmen zu beantragen.

(3) Das Wasserversorgungsunternehmen kann für die Inbetriebsetzung vom Kunden Kostenerstattung verlangen; die Kosten können pauschal berechnet werden.

§ 14 Überprüfung der Kundenanlage

(1) Das Wasserversorgungsunternehmen ist berechtigt, die Kundenanlage vor und nach ihrer Inbetriebsetzung zu überprüfen. Es hat den Kunden auf erkannte Sicherheitsmängel aufmerksam zu machen und kann deren Beseitigung verlangen.

(2) Werden Mängel festgestellt, welche die Sicherheit gefährden oder erhebliche Störungen erwarten lassen, so ist das Wasserversorgungsunternehmen berechtigt, den Anschluss oder die Versorgung zu verweigern; bei Gefahr für Leib oder Leben ist es hierzu verpflichtet.

(3) Durch Vornahme oder Unterlassung der Überprüfung der Anlage sowie durch deren Anschluss an das Verteilungsnetz übernimmt das Wasserversorgungsunternehmen keine Haftung für die Mängelfreiheit der Anlage. Dies gilt nicht, wenn es bei einer Überprüfung Mängel festgestellt hat, die eine Gefahr für Leib oder Leben darstellen.

§ 15 Betrieb, Erweiterung und Änderung von Kundenanlage und Verbrauchseinrichtungen,

Mitteilungspflichten

(1) Anlage und Verbrauchseinrichtungen sind so zu betreiben, dass Störungen anderer Kunden, störende Rückwirkungen auf Einrichtungen des Wasserversorgungsunternehmens oder Dritter oder Rückwirkungen auf die Güte des Trinkwassers ausgeschlossen sind.

(2) Erweiterungen und Änderungen der Anlage sowie die Verwendung zusätzlicher Verbrauchseinrichtungen sind dem Wasserversorgungsunternehmen mitzuteilen, soweit sich dadurch preisliche Bemessungsgrößen ändern oder sich die vorzuhaltende Leistung wesentlich erhöht.

§ 16 Zutrittsrecht

Der Kunde hat dem mit einem Ausweis versehenen Beauftragten des Wasserversorgungsunternehmens den Zutritt zu seinen Räumen und zu den in § 11 genannten Einrichtungen zu gestatten, soweit dies für die Prüfung der technischen Einrichtungen, zur Wahrnehmung sonstiger Rechte und Pflichten nach dieser Verordnung, insbesondere zur Ablesung, oder zur Ermittlung preislicher Bemessungsgrundlagen erforderlich und vereinbart ist.

§ 17 Technische Anschlussbedingungen

Das Wasserversorgungsunternehmen ist berechtigt, weitere technische Anforderungen an den Hausanschluss und andere Anlagenteile sowie an den Betrieb der Anlage festzulegen, soweit dies aus Gründen der sicheren und störungsfreien Versorgung, insbesondere im Hinblick auf die Erfordernisse des Verteilungsnetzes notwendig ist. Diese Anforderungen dürfen den anerkannten Regeln der Technik nicht widersprechen. Der Anschluss bestimmter Verbrauchseinrichtungen kann von der vorherigen Zustimmung des Versorgungsunternehmens abhängig gemacht werden. Die Zustimmung darf nur verweigert werden, wenn der Anschluss eine sichere und störungsfreie Versorgung gefährden würde.

(2) Das Wasserversorgungsunternehmen hat die weiteren technischen Anforderungen der zuständigen Behörde anzuzeigen. Die Behörde kann sie beanstanden, wenn sie mit Inhalt und Zweck dieser Verordnung nicht zu vereinbaren sind.

§ 18 Messung

(1) Das Wasserversorgungsunternehmen stellt die vom Kunden verbrauchte Wassermenge durch Messeinrichtungen fest, die den eichrechtlichen Vorschriften entsprechen müssen. Bei öffentlichen Verbrauchseinrichtungen kann die gelieferte Menge auch rechnerisch ermittelt oder geschätzt werden, wenn die Kosten der Messung außer Verhältnis zur Höhe des Verbrauchs stehen.

(2) Das Wasserversorgungsunternehmen hat dafür Sorge zu tragen, dass eine einwandfreie Messung der verbrauchten Wassermenge gewährleistet ist. Es bestimmt Art, Zahl und Größe sowie Anbringungsort der Messeinrichtungen. Ebenso ist die Lieferung, Anbringung, Überwachung, Unterhaltung und Entfernung der

Meßeinrichtungen Aufgabe des Unternehmens. Es hat den Kunden und den Anschlussnehmer anzuhören und deren berechnete Interessen zu wahren. Es ist verpflichtet, auf Verlangen des Kunden oder des Hauseigentümers die Meßeinrichtungen zu verlegen, wenn dies ohne Beeinträchtigung einer einwandfreien Messung möglich ist; der Kunde oder der Hauseigentümer ist verpflichtet, die Kosten zu tragen.

(3) Der Kunde haftet für das Abhandenkommen und die Beschädigung der Meßeinrichtungen, soweit ihn hieran ein Verschulden trifft. Er hat den Verlust, Beschädigungen und Störungen dieser Einrichtungen dem Wasserversorgungsunternehmen unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, sie vor Abwasser, Schmutz- und Grundwasser sowie vor Frost zu schützen.

§ 19 Nachprüfung von Meßeinrichtungen

(1) Der Kunde kann jederzeit die Nachprüfung der Messeinrichtung nach § 39 des Mess- und Eichgesetzes verlangen. Stellt der Kunde den Antrag auf Prüfung nicht bei dem Wasserversorgungsunternehmen, so hat er dieses vor Antragstellung zu benachrichtigen.

(2) Die Kosten der Prüfung fallen dem Unternehmen zur Last, falls die Abweichung die gesetzlichen Verkehrsfehlergrenzen überschreitet, sonst dem Kunden.

§ 20 Ablesung

(1) Die Meßeinrichtungen werden vom Beauftragten des Wasserversorgungsunternehmens möglichst in gleichen Zeitabständen oder auf Verlangen des Unternehmens vom Kunden selbst abgelesen. Dieser hat dafür Sorge zu tragen, dass die Meßeinrichtungen leicht zugänglich sind.

(2) Solange der Beauftragte des Unternehmens die Räume des Kunden nicht zum Zwecke der Ablesung betreten kann, darf das Unternehmen den Verbrauch auf der Grundlage der letzten Ablesung schätzen; die tatsächlichen Verhältnisse sind angemessen zu berücksichtigen.

§ 21 Berechnungsfehler

(1) Ergibt eine Prüfung der Meßeinrichtungen eine Überschreitung der Verkehrsfehlergrenzen oder werden Fehler in der Ermittlung des Rechnungsbetrages festgestellt, so ist der zuviel oder zuwenig berechnete Betrag zu erstatten oder nachzuentrichten. Ist die Größe des Fehlers nicht einwandfrei festzustellen oder zeigt eine Meßeinrichtung nicht an, so ermittelt das Wasserversorgungsunternehmen den Verbrauch für die Zeit seit der letzten fehlerfreien Ablesung aus dem Durchschnittsverbrauch des ihr vorhergehenden und des der Feststellung des Fehlers nachfolgenden Ablesungszeitraums oder auf Grund des vorjährigen Verbrauchs durch Schätzung; die tatsächlichen Verhältnisse sind angemessen zu berücksichtigen.

(2) Ansprüche nach Absatz 1 sind auf den der Feststellung des Fehlers vorhergehenden Ablesungszeitraum beschränkt, es sei denn, die Auswirkung des Fehlers kann über einen größeren Zeitraum festgestellt werden; in diesem Fall ist der Anspruch auf längstens zwei Jahre beschränkt.

§ 22 Verwendung des Wassers

(1) Das Wasser wird nur für die eigenen Zwecke des Kunden, seiner Mieter und ähnlich berechtigter Personen zur Verfügung gestellt. Die Weiterleitung an sonstige Dritte ist nur mit schriftlicher Zustimmung des Wasserversorgungsunternehmens zulässig. Diese muss erteilt werden, wenn dem Interesse an der Weiterleitung nicht überwiegende versorgungswirtschaftliche Gründe entgegenstehen.

(2) Das Wasser darf für alle Zwecke verwendet werden, soweit nicht in dieser Verordnung oder auf Grund sonstiger gesetzlicher oder behördlicher Vorschriften Beschränkungen vorgesehen sind. Das Wasserversorgungsunternehmen kann die Verwendung für bestimmte Zwecke beschränken, soweit dies zur Sicherstellung der allgemeinen Wasserversorgung erforderlich ist.

(3) Der Anschluss von Anlagen zum Bezug von Bauwasser ist beim Wasserversorgungsunternehmen vor Beginn der Bauarbeiten zu beantragen. Der Antragsteller hat dem Wasserversorgungsunternehmen alle für die Herstellung und Entfernung des Bauwasseranschlusses entstehenden Kosten zu erstatten. Die Sätze 1 und 2 gelten für Anschlüsse zu sonstigen vorübergehenden Zwecken entsprechend.

(4) Soll Wasser aus öffentlichen Hydranten nicht zum Feuerlöschen, sondern zu anderen vorübergehenden Zwecken entnommen werden, sind hierfür Hydrantenstandrohre des Wasserversorgungsunternehmens mit Wasserzählern zu benutzen.

§ 23 Vertragsstrafe

(1) Entnimmt der Kunde Wasser unter Umgehung, Beeinflussung oder vor Anbringung der Meßeinrichtungen oder nach Einstellung der Versorgung, so ist das Wasserversorgungsunternehmen berechtigt, eine Vertragsstrafe zu verlangen. Dabei kann höchstens vom Fünffachen desjenigen Verbrauchs ausgegangen werden, der sich auf der Grundlage des Vorjahresverbrauchs anteilig für die Dauer der unbefugten Entnahme ergibt. Kann der Vorjahresverbrauch des Kunden nicht ermittelt werden, so ist derjenige vergleichbarer Kunden zugrunde zu legen. Die Vertragsstrafe ist nach den für den Kunden geltenden Preisen zu berechnen.

(2) Eine Vertragsstrafe kann auch verlangt werden, wenn der Kunde vorsätzlich oder grob fahrlässig die Verpflichtung verletzt, die zur Preisbildung erforderlichen Angaben zu machen. Die Vertragsstrafe beträgt das Zweifache des Betrags, den der Kunde bei Erfüllung seiner Verpflichtung nach den für ihn geltenden Preisen zusätzlich zu zahlen gehabt hätte.

(3) Ist die Dauer der unbefugten Entnahme oder der Beginn der Mitteilungspflicht nicht festzustellen, so kann die Vertragsstrafe nach vorstehenden Grundsätzen über einen festgestellten Zeitraum hinaus für längstens ein Jahr erhoben werden.

§ 24 Abrechnung, Preisänderungsklauseln

(1) Das Entgelt wird nach Wahl des Wasserversorgungsunternehmens monatlich oder in anderen Zeitabschnitten, die jedoch zwölf Monate nicht wesentlich überschreiten dürfen, abgerechnet.

(2) Ändern sich innerhalb eines Abrechnungszeitraumes die Preise, so wird der für

die neuen Preise maßgebliche Verbrauch zeitanteilig berechnet; jahreszeitliche Verbrauchsschwankungen sind auf der Grundlage der für die jeweilige Abnehmergruppe maßgeblichen Erfahrungswerte angemessen zu berücksichtigen. Entsprechendes gilt bei Änderung des Umsatzsteuersatzes.

(3) Preisänderungsklauseln sind kostennah auszugestalten. Sie dürfen die Änderung der Preise nur von solchen Berechnungsfaktoren abhängig machen, die der Beschaffung und Bereitstellung des Wassers zuzurechnen sind. Die Berechnungsfaktoren müssen vollständig und in allgemein verständlicher Form ausgewiesen werden.

§ 25 Abschlagszahlungen

(1) Wird der Verbrauch für mehrere Monate abgerechnet, so kann das Wasserversorgungsunternehmen für die nach der letzten Abrechnung verbrauchte Wassermenge Abschlagszahlung verlangen. Diese ist anteilig für den Zeitraum der Abschlagszahlung entsprechend dem Verbrauch im zuletzt abgerechneten Zeitraum zu berechnen. Ist eine solche Berechnung nicht möglich, so bemißt sich die Abschlagszahlung nach dem durchschnittlichen Verbrauch vergleichbarer Kunden. Macht der Kunde glaubhaft, dass sein Verbrauch erheblich geringer ist, so ist dies angemessen zu berücksichtigen.

(2) Ändern sich die Preise, so können die nach der Preisänderung anfallenden Abschlagszahlungen mit dem Vorhundertersatz der Preisänderung entsprechend angepaßt werden.

(3) Ergibt sich bei der Abrechnung, dass zu hohe Abschlagszahlungen verlangt wurden, so ist der übersteigende Betrag unverzüglich zu erstatten, spätestens aber mit der nächsten Abschlagsforderung zu verrechnen. Nach Beendigung des Versorgungsverhältnisses sind zuviel gezahlte Abschläge unverzüglich zu erstatten.

§ 26 Vordrucke für Rechnungen und Abschläge

Vordrucke für Rechnungen und Abschläge müssen verständlich sein. Die für die Forderung maßgeblichen Berechnungsfaktoren sind vollständig und in allgemein verständlicher Form auszuweisen.

§ 27 Zahlung, Verzug

(1) Rechnungen und Abschläge werden zu dem vom Wasserversorgungsunternehmen angegebenen Zeitpunkt, frühestens jedoch zwei Wochen nach Zugang der Zahlungsaufforderung fällig.

(2) Bei Zahlungsverzug des Kunden kann das Wasserversorgungsunternehmen, wenn es erneut zur Zahlung auffordert oder den Betrag durch einen Beauftragten einziehen läßt, die dadurch entstandenen Kosten auch pauschal berechnen.

§ 28 Vorauszahlungen

(1) Das Wasserversorgungsunternehmen ist berechtigt, für den Wasserverbrauch eines Abrechnungszeitraums Vorauszahlung zu verlangen, wenn nach den Umständen des Einzelfalles zu besorgen ist, dass der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt.

(2) Die Vorauszahlung bemißt sich nach dem Verbrauch des vorhergehenden Abrechnungszeitraumes oder dem durchschnittlichen Verbrauch vergleichbarer Kunden. Macht der Kunde glaubhaft, dass sein Verbrauch erheblich geringer ist, so ist dies angemessen zu berücksichtigen. Erstreckt sich der Abrechnungszeitraum über mehrere Monate und erhebt das Wasserversorgungsunternehmen Abschlagszahlungen, so kann es die Vorauszahlung nur in ebenso vielen Teilbeträgen verlangen. Die Vorauszahlung ist bei der nächsten Rechnungserteilung zu verrechnen.

(3) Unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 kann das Wasserversorgungsunternehmen auch für die Erstellung oder Veränderung des Hausanschlusses sowie in den Fällen des § 22 Abs. 3 Satz 1 Vorauszahlung verlangen.

§ 29 Sicherheitsleistung

(1) Ist der Kunde oder Anschlussnehmer zur Vorauszahlung nicht in der Lage, so kann das Wasserversorgungsunternehmen in angemessener Höhe Sicherheitsleistung verlangen.

(2) Barsicherheiten werden zum jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verzinst.

(3) Ist der Kunde oder Anschlussnehmer in Verzug und kommt er nach erneuter Zahlungsaufforderung nicht unverzüglich seinen Zahlungsverpflichtungen aus dem Versorgungsverhältnis nach, so kann sich das Wasserversorgungsunternehmen aus der Sicherheit bezahlt machen. Hierauf ist in der Zahlungsaufforderung hinzuweisen. Kursverluste beim Verkauf von Wertpapieren gehen zu Lasten des Kunden oder Anschlussnehmers.

(4) Die Sicherheit ist zurückzugeben, wenn ihre Voraussetzungen weggefallen sind.

§ 30 Zahlungsverweigerung

Einwände gegen Rechnungen und Abschlagsberechnungen berechtigen zum Zahlungsaufschub oder zur Zahlungsverweigerung nur, 1. soweit sich aus den Umständen ergibt, dass offensichtliche Fehler vorliegen, und 2. wenn der Zahlungsaufschub oder die Zahlungsverweigerung innerhalb von zwei Jahren nach Zugang der fehlerhaften Rechnung oder Abschlagsberechnung geltend gemacht wird.

§ 31 Aufrechnung

Gegen Ansprüche des Wasserversorgungsunternehmens kann nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenansprüchen aufgerechnet werden.

§ 32 Laufzeit des Versorgungsvertrages, Kündigung

(1) Das Vertragsverhältnis läuft solange ununterbrochen weiter, bis es von einer der beiden Seiten mit einer Frist von einem Monat auf das Ende eines Kalendermonats gekündigt wird.

(2) Bei einem Umzug ist der Kunde berechtigt, den Vertrag mit zweiwöchiger Frist auf das Ende eines Kalendermonats zu kündigen.

(3) Wird der Verbrauch von Wasser ohne ordnungsmäßige Kündigung eingestellt, so haftet der Kunde dem Wasserversorgungsunternehmen für die Bezahlung des Wasserpreises für den von der Meßeinrichtung angezeigten Verbrauch und für die Erfüllung sämtlicher sonstiger Verpflichtungen.

(4) Ein Wechsel in der Person des Kunden ist dem Wasserversorgungsunternehmen unverzüglich mitzuteilen und bedarf dessen Zustimmung. Das Unternehmen ist nicht verpflichtet, dem Eintritt des Dritten in die sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten zuzustimmen.

(5) Tritt anstelle des bisherigen Wasserversorgungsunternehmens ein anderes Unternehmen in die sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten ein, so bedarf es hierfür nicht der Zustimmung des Kunden. Der Wechsel des Wasserversorgungsunternehmens ist öffentlich bekanntzugeben.

(6) Die Kündigung bedarf der Schriftform.

(7) Der Kunde kann eine zeitweilige Absperrung seines Anschlusses verlangen, ohne damit das Vertragsverhältnis zu lösen.

§ 33 Einstellung der Versorgung, fristlose Kündigung

(1) Das Wasserversorgungsunternehmen ist berechtigt, die Versorgung fristlos einzustellen, wenn der Kunde den allgemeinen Versorgungsbedingungen zuwiderhandelt und die Einstellung erforderlich ist, um

1. eine unmittelbare Gefahr für die Sicherheit von Personen oder Anlagen abzuwenden,

2. den Verbrauch von Wasser unter Umgehung, Beeinflussung oder vor Anbringung der Meßeinrichtungen zu verhindern oder

3. zu gewährleisten, dass Störungen anderer Kunden, störende Rückwirkungen auf Einrichtungen des Unternehmens oder Dritter oder Rückwirkungen auf die Güte des Trinkwassers ausgeschlossen sind.

(2) Bei anderen Zuwiderhandlungen, insbesondere bei Nichterfüllung einer Zahlungsverpflichtung trotz Mahnung, ist das Wasserversorgungsunternehmen berechtigt, die Versorgung zwei Wochen nach Androhung einzustellen.

Dies gilt nicht, wenn der Kunde darlegt, dass die Folgen der Einstellung außer Verhältnis zur Schwere der Zuwiderhandlung stehen und hinreichende Aussicht besteht, dass der Kunde seinen Verpflichtungen nachkommt. Das Wasserversorgungsunternehmen kann mit der Mahnung zugleich die Einstellung der Versorgung androhen.

(3) Das Wasserversorgungsunternehmen hat die Versorgung unverzüglich wieder aufzunehmen, sobald die Gründe für ihre Einstellung entfallen sind und der Kunde die Kosten der Einstellung und Wiederaufnahme der Versorgung ersetzt hat. Die Kosten können pauschal berechnet werden.

(4) Das Wasserversorgungsunternehmen ist in den Fällen des Absatzes 1 berechtigt, das Vertragsverhältnis fristlos zu kündigen, in den Fällen der Nummern 1 und 3 jedoch nur, wenn die Voraussetzungen zur Einstellung der Versorgung wiederholt vorliegen. Bei wiederholten Zuwiderhandlungen nach Absatz 2 ist das Unternehmen zur fristlosen Kündigung berechtigt, wenn sie zwei Wochen vorher angedroht wurde; Absatz 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

§ 34 Gerichtsstand

(1) Der Gerichtsstand für Kaufleute, juristische Personen des öffentlichen Rechts und öffentlichrechtliche Sondervermögen ist am Sitz der für den Kunden zuständigen Betriebsstelle des Wasserversorgungsunternehmens.

(2) Das gleiche gilt,

1. wenn der Kunde keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland hat oder

2. wenn der Kunde nach Vertragsschluss seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort aus dem Geltungsbereich dieser Verordnung verlegt oder sein Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist.

§ 35 Öffentlich-rechtliche Versorgung mit Wasser

(1) Rechtsvorschriften, die das Versorgungsverhältnis öffentlich-rechtlich regeln, sind den Bestimmungen dieser Verordnung entsprechend zu gestalten; unberührt bleiben die Regelungen des Verwaltungsverfahrens sowie gemeinderechtliche Vorschriften zur Regelung des Abgabenrechts.

(2) Bei Inkrafttreten dieser Verordnung geltende Rechtsvorschriften, die das Versorgungsverhältnis öffentlichrechtlich regeln, sind bis zum 1. Januar 1982 anzupassen.

§ 36

(weggefallen)

§ 37 Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1980 in Kraft.

(2) Die §§ 2 bis 34 gelten auch für Versorgungsverträge, die vor dem 1. April 1980 zustande gekommen sind, unmittelbar. Das Wasserversorgungsunternehmen ist verpflichtet, die Kunden in geeigneter Weise hierüber zu unterrichten. Laufzeit und Kündigungsbestimmungen der vor Verkündung dieser Verordnung abgeschlossenen Versorgungsverträge bleiben unberührt.

(3) § 24 Abs. 2 und 3, § 25 Abs. 1 und 2 sowie § 28 gelten nur für Abrechnungszeiträume, die nach dem 31. Dezember 1980 beginnen.

Der Bundesminister für Wirtschaft

STADTWERKE AUGSBURG WASSER GMBH – ERGÄNZENDE BEDINGUNGEN ZUR AVBWASSERV

Die nachfolgenden Regelungen ergänzen die Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVBWasserV).

1) Vertragsabschluss (§ 2 AVBWasserV)

1.1) Die Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH schließt den Versorgungsvertrag mit dem Eigentümer des zu versorgenden Grundstücks ab. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, wird der Vertrag mit dem Erbbauberechtigten abgeschlossen.

1.2) Steht das Eigentum an dem versorgten Grundstück einer Gemeinschaft von Wohnungseigentümern im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes zu, so wird der Versorgungsvertrag mit der Gemeinschaft der Wohnungseigentümer abgeschlossen. Jeder Wohnungseigentümer haftet nach dem Verhältnis seines Miteigentumsanteils (§§ 10 Abs. 8, 16 Abs. 1 WEG). Die Gemeinschaft der Wohnungseigentümer (WEG) ist verpflichtet, den Verwalter oder eine andere Person zu bevollmächtigen, alle Rechtsgeschäfte, die sich aus dem Versorgungsvertrag ergeben, mit Wirkung für und gegen die WEG abzuschließen und personelle Änderungen, die die Haftung der Wohnungseigentümer berühren, der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH unverzüglich mitzuteilen. Wird kein Vertreter benannt, ist die an einen Wohnungseigentümer abgegebene Erklärung der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH gegenüber der WEG wirksam.

1.3) Ziffer 1.2 gilt entsprechend, wenn das Eigentum an dem Grundstück mehreren Personen gemeinschaftlich zusteht (Gesamthandigentum oder Miteigentum nach Bruchteilen), jedoch mit der Maßgabe, dass jeder Eigentümer als Gesamtschuldner haftet.

1.4) Der Versorgungsvertrag enthält Regelungen zum Anschlussverhältnis und zur Trinkwasserlieferung. Die Bereitstellung von Löschwasser bedarf einer gesonderten Vereinbarung.

2) Grundstücksbenutzung (§ 8 AVBWasserV)

Im Sinne von § 8 Abs. 1 AVBWasserV haben Kunden und Anschlussnehmer, die Grundstückseigentümer sind, insbesondere auch das Anbringen von Hinweisschildern und Plaketten für Armaturen und Hausanschlüsse unentgeltlich zuzulassen.

3) Baukostenzuschuss (§ 9 AVBWasserV)

3.1) Für die Erstellung von Einzelanschlüssen an das Leitungsnetz der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH oder die Verstärkung eines bestehenden Anschlusses ist vom Kunden gemäß § 9 AVBWasserV ein Baukostenzuschuss zu den Kosten der örtlichen Verteilungsanlagen zu zahlen.

Die Höhe des Baukostenzuschusses wird von zwei Größen bestimmt:

a) Grundstücksfläche (Straßenfrontlänge)

Die Wurzel aus der Grundstücksfläche ergibt die äquivalent anzusetzende Straßenfrontlänge. Das Ergebnis wird kaufmännisch auf ganze Meter gerundet. Bis 500 m² Grundstücksfläche (aufgerundet 23 m Straßenfrontlänge) wird ein Pauschalpreis in Rechnung gestellt. Für jeden weiteren Meter Straßenfrontlänge > 23 m wird ein Zusatzbetrag verrechnet. Die entsprechenden Preise sind im aktuellen Preisblatt* veröffentlicht.

b) Anschlussleistung (Spitzendurchfluss der gemeldeten Entnahmestellen nach DIN 1988 TRW)

Für eine Wohneinheit und zwei Wohneinheiten werden Pauschalen, ab drei Wohneinheiten sowie bei Gewerbeobjekten werden für je 0,1 l/s Spitzendurchfluss (kaufmännisch gerundet) ein gesonderter Betrag nach dem aktuellen Preisblatt* in Rechnung gestellt. Die Summe aus den errechneten Kosten für die Grundstücksfläche und die Anschlussleistung ergibt den zu zahlenden Baukostenzuschuss.

Alle genannten Kosten sind Nettobeträge.

3.2) Änderung der Versorgung von bereits angeschlossenen Grundstücken

3.2.1) Im Falle einer geänderten Versorgung, von an das Wassernetz angeschlossenen Grundstücken, gelten folgende Grundsätze:

a) Der Baukostenzuschuss ist grundsätzlich bezogen auf ein Grundstück, das eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.

b) Bei Teilung von Grundstücken wird dem Grundstücksteil, der durch den bisherigen Anschluss versorgt wurde, der bisher entrichtete Baukostenzuschuss zugewiesen.

3.2.2) Vorgehensweise zur Berechnung des neuen Baukostenzuschusses
Im ersten Schritt werden die versorgte Grundstücksfläche in m² und die benötigte Anschlussleistung (l/s Spitzendurchfluss) erfasst. Im zweiten Schritt wird geprüft, welcher BKZ ehemals für dieses Grundstück bezahlt worden ist. Bei einer Zunahme der Fläche und / oder der Leistung (l/s Spitzendurchfluss) wird dem Kunden für den Anstieg der BKZ zu aktuellen Konditionen in Rechnung gestellt. Werden ein oder mehrere zusätzliche Anschlüsse (zusätzliche amtliche Hausnummer(n) bzw. Flurnummer(n)) benötigt, wird dem Kunden grundsätzlich mindestens ein Grund-BKZ bestehend aus einem Flächen-BKZ für 500 m² und einem Leistungs-BKZ für 1 Wohneinheit je Anschluss berechnet.

4) Hausanschluss (§ 10 AVBWasserV)

4.1) Jedes Grundstück, das eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet, bzw. jedes Gebäude, dem eine eigene Hausnummer zugeteilt ist, ist über einen eigenen Hausanschluss an das Wasserversorgungsnetz anzuschließen, soweit keine berechtigten Interessen des Anschlussnehmers oder der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH entgegenstehen. Die Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH stellt für jede Anschlussleitung nur eine stadtwerkseigene Zähleranlage für die Messung des Gesamtverbrauchs auf dem Grundstück zur Verfügung.

4.2) Durch den Anschlussnehmer muss ausgeschlossen werden, dass die Anschlussleitung zu Erdungszwecken mitbenutzt wird. Anschlussleitungen, die noch zur Erdungszwecken benutzt werden, sind unverzüglich auf alleinige Kosten des Anschlussnehmers entsprechend abzuändern und umzubauen (gemäß DIN VDE).

4.3) Herstellung und Veränderung von Hausanschlüssen

4.3.1) Die Herstellung sowie Veränderungen des Hausanschlusses auf Veranlassung des Anschlussnehmers sind schriftlich bei der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH zu beantragen. Dem Antrag sind eine (Keller-)Grundrisszeichnung und ein Lageplan beizufügen, aufgrund deren es der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH möglich ist, die Hauseinführungsstelle festzulegen. Die Grundrisszeichnungen und Lagepläne werden mit markierter Hauseinführungsstelle Vertragsbestandteil des Netzanschlussvertrages.

4.3.2) Als Änderung gilt auch eine Aufspaltung von Gemeinschaftsanlagen, d.h. wenn Grundstücke über eine gemeinsame Anschlussleitung verfügen und die Weiterverteilung nicht im öffentlichen Bereich liegt sowie deren Herstellung vor 1990 erfolgte und der Anschlussnehmer Kunde der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH ist.

4.4) Trennung des Hausanschlusses

Nach Beendigung des Versorgungsvertrages ist die Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH berechtigt, die Hausanschlussleitung von der Versorgungsleitung kostenpflichtig abzutrennen.

Sofern der Kunde den Anschluss dauerhaft, d.h. mindestens für die Dauer von 12 Monaten nicht nutzt (keine Wasserentnahme), ist die Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH ebenfalls berechtigt, den Anschluss auf Kosten des Kunden zu trennen. Dies gilt gleichermaßen bei Ausbau des Wasserzählers.

4.5) Kostenerstattung

4.5.1) Der Anschlussnehmer erstattet der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH die Kosten für die Herstellung eines Standardhausanschlusses bis einschließlich da (= Außendurchmesser) 63 nach den im aktuell gültigen Preisblatt* zu den Ergänzenden Bedingungen veröffentlichten Pauschalsätzen. Für Anschlussleitungen größer als da 63 werden die Hausanschlusskosten nach individuell kalkuliertem Angebot berechnet.

4.5.2) Auf dem Kundengrundstück können die Tiefbauarbeiten grundsätzlich vom Kunden selbst ausgeführt werden, unter der Voraussetzung, dass dies zuvor im Netzanschlussvertrag schriftlich vereinbart wird. Außerhalb des Kundengrundstücks dürfen Tiefbauarbeiten ausschließlich von der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH oder Fachunternehmen durchgeführt werden, welche von der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH benannt werden. Die Erstattungsbeiträge sind im Preisblatt* aufgelistet.

4.5.3) Bei Beantragung eines Anschlusses an das Wasserversorgungsnetz der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH in Verbindung mit einem Mehrspartenhausanschluss erstattet der Anschlussnehmer der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH die Kosten für die Herstellung eines Mehrspartenhausanschlusses bis einschließlich da (= Außendurchmesser) 40 nach den im Preisblatt** Mehrspartenhausanschlüssen zu den Ergänzenden Bedingungen veröffentlichten Pauschalsätzen. Bezüglich der Ausführung von Mehrspartenhausanschlüssen wird an dieser Stelle auf den »Leitfaden für Planung und Bau von Mehrspartenhausanschlüssen« – jeweils in der aktuellen Fassung – verwiesen.

Erschwernisse

4.5.4) Für unvorhersehbare, außergewöhnliche Erschwernisse (z. B. Beseitigung größerer Betonfundamente oder Felsen im Erdreich usw.) werden die zusätzlichen Leistungen nach tatsächlichem Aufwand verrechnet. Bei einer Leistungserbringung außerhalb der regulären werktäglichen Arbeitszeiten sowie bei unvorhersehbaren/erschwerenden Bedingungen (z. B. Bodenfrost usw.) erhöhen sich die Kosten um den tatsächlichen Mehraufwand. In der Zeit von November bis Ende März des Folgejahres ist für die Oberflächenwiederherstellung ein Winterprovisorium nötig, das zusätzlich in Rechnung gestellt wird.

4.5.5) Kosten für Unterhaltung, Änderung und Abtrennung des Hausanschlusses

4.5.5.1) Kosten für Unterhaltung des Hausanschlusses
Unentgeltlich sind der laufende Unterhalt des Hausanschlusses und der Wasserzähleranlage sowie deren Auswechslung, wenn sie aus versorgungstechnischen Gründen im Interesse der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH liegen. Treten bei Unterhalt oder Auswechslung von Hausanschlüssen erhebliche Behinderungen auf, die vom Kunden zu vertreten sind, ist die Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH berechtigt, die daraus entstehenden Kosten dem Kunden nach Aufwand zu berechnen. Eine erhebliche Behinderung liegt insbesondere dann vor, wenn die Leitungstrasse mit einer Bitumen-, Asphalt- oder Betondecke mit einer Gesamtdicke von über zehn Zentimeter befestigt ist. Befestigungen mit den im öffentlichen Bereich üblichen Pflasterarten (Großsteinpflaster, Kleinsteinpflaster, Gehwegplatten oder vom Material- und Verlegeaufwand gleichwertige Platten) werden unentgeltlich wiederhergestellt, falls sie ohne Betonunterbau sind. Eine Wiederherstellung kann nur mit gängigem Material oder vom Kunden bestelltem Material erfolgen. Die Trassen der Hausanschlussleitungen sind zudem von Überpflanzungen mit Gehölzen und tiefwurzelnden Pflanzen, An-/Überschüttungen und Überbauungen (z. B. Garage, Müllboxen, Stützmauer, Treppe) freizuhalten. Wird dem entgegengehalten, so entfällt die Kostenfreiheit und die Kosten werden nach individuell kalkuliertem Angebot berechnet.

* swa.to/wasserpreise

** swa.to/mehrspartenhausanschluss

4.5.5.2) Kosten für durch Anschlussnehmer veranlasste Änderung
Der Anschlussnehmer erstattet der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH die Kosten für Veränderungen des Hausanschlusses, die durch eine Änderung oder Erweiterung seiner Kundenanlage erforderlich oder aus anderen Gründen von ihm veranlasst werden. Die Kosten werden nach individuell kalkuliertem Angebot berechnet.

4.5.5.3) Kosten für Abtrennung
Die Abtrennung eines Hausanschlusses ist für den Kunden kostenpflichtig. Die Preise sind dem Preisblatt* der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH zu entnehmen.

5) Inbetriebnahme der Anlage

Die Inbetriebnahme der Anlage erfolgt erst nach vollständiger Bezahlung der Rechnungen für Baukostenzuschuss und Hausanschlusskosten.

6) Messeinrichtungen an der Grundstücksgrenze (§ 11 AVBWasserV)

Unverhältnismäßig lang im Sinne von § 11 Abs. 1 Nr. 2 AVBWasserV ist eine Anschlussleitung dann, wenn sie eine Länge von 40 m auf Privatgrund überschreitet.

7) Kundenanlage (§ 12 AVBWasserV)

Eine unmittelbare Verbindung zwischen einer Eigenanlage des Kunden (Eigen-, Betriebs-, Lösch- oder Regenwasserversorgungsanlagen) und dem öffentlichen Wasserversorgungsnetz der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH ist nicht erlaubt (insbesondere § 17 Abs. 6 TrinkwV). Soll zum Zweck einer Nachspeisung aus dem öffentlichen Wasserversorgungsnetz eine Verbindung geschaffen werden, so ist diese nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik auszugestalten. Nach § 13 Abs. 4 TrinkwV sind solche Anlagen bei den zuständigen Behörden (Gesundheitsamt der Stadt Augsburg bzw. LRA Augsburg bzw. LRA Aichach-Friedberg) anzuzeigen. Darüber hinaus hat der Kunde nach § 3 Abs. 2 AVBWasserV vor Errichtung einer Eigenwasserversorgungsanlage die Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH zu informieren.

8) Wasserabgabe für Bau- oder sonstige vorübergehende Zwecke (§ 22 AVBWasserV)

Standrohre zur Abgabe von Bauwasser oder für andere vorübergehende Zwecke werden nach Maßgabe der hierfür von der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH vorgesehenen Bestimmungen vermietet. Die Kosten für einen Bauwasseranschluss sind dem aktuellen Preisblatt* zu den Ergänzenden Bedingungen zu entnehmen.

9) Ablesung und Abrechnung (§§ 20, 24 und 25 AVBWasserV)

Zählerablesung und Abrechnung erfolgen in der Regel jährlich. Die Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH erhebt monatliche Abschlagszahlungen.

10) Zahlung, Verzug (§ 27 AVBWasserV)

10.1) Rechnungen der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH werden zu dem auf der Rechnung genannten Termin fällig.

10.2) Der Kunde ist berechtigt, seine fälligen Zahlungen wahlweise durch SEPA-Lastschriftmandat/Einzugsermächtigung oder Überweisung zu leisten.

10.3) Rechnungsbeträge und Abschlagszahlungen sind so zu entrichten, dass für den Wasserversorger keine zusätzlichen Kosten entstehen. Maßgeblich für die rechtzeitige Einhaltung der Fälligkeitstermine ist der Eingang der Zahlung beim Wasserversorger bzw. der Zeitpunkt der Gutschrift auf dem Konto des Wasserversorgers.

10.4) Bei Zahlungsverzug des Kunden kann der Wasserversorger, wenn er erneut zur Zahlung auffordert oder den Betrag durch einen Beauftragten einziehen lässt, die dadurch entstandenen Kosten pauschal berechnen. Der Kunde hat das Recht, nachzuweisen, dass ein Verzugschaden überhaupt nicht oder wesentlich niedriger entstanden ist, als es die Pauschale ausweist.

10.5) Der Kunde hat anfallende Bankkosten für ungedeckte Schecks (Rückchecks) und Rücklastschriften an den Wasserversorger zu erstatten.

11) Vorauszahlung (§ 28 AVBWasserV)

11.1) Kommt ein Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Wasserversorger nicht oder nicht rechtzeitig nach oder besteht Grund zu der Annahme, dass der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht rechtzeitig nachkommen wird, ist der Wasserversorger berechtigt, Vorauszahlung der Abschlagsbeträge zu verlangen.

11.2) Die Verpflichtung des Kunden, Vorauszahlungen zu leisten, entfällt, wenn der Kunde sämtliche Zahlungsverpflichtungen in zwölf aufeinanderfolgenden Monaten vollständig und pünktlich erfüllt hat.

12) Kündigung und zeitweilige Absperrung des Anschlusses – Kostenerstattung (§ 32 AVBWasserV)

12.1) Die Kündigung des Wasserversorgungsvertrages durch den Kunden bedarf der Schriftform und soll mindestens die Kunden- und Vertragskontonummer, die Zählernummer und die Rechnungsanschrift für die Schlussrechnung enthalten.

12.2) Der Kunde erstattet der Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH die Kosten für eine von ihm nach § 32 Abs. 7 AVBWasserV beantragte zeitweilige Absperrung des Anschlusses und dessen Wiederinbetriebnahme nach tatsächlichem Aufwand.

13) Einstellung und Wiederaufnahme der Versorgung (§ 33 AVBWasserV)

13.1) Die Kosten aufgrund der berechtigten Unterbrechung der Wasserversorgung sowie der Wiederherstellung der Wasserversorgung sind vom Kunden zu ersetzen. Die entstehenden Kosten werden dem Kunden im Regelfall pauschal in Rechnung gestellt. Der Kunde hat das Recht, nachzuweisen, dass die Kosten überhaupt nicht entstanden oder wesentlich niedriger sind, als es die Pauschale ausweist. Soweit im Einzelfall ein erhöhter Aufwand erforderlich ist, können die Kosten auch nach tatsächlichem Aufwand berechnet werden.

13.2) Die Wiederherstellung der Wasserversorgung erfolgt nur, wenn die Bezahlung der Unterbrechungs- und Wiederherstellungskosten erfolgt ist und die Gründe für die Unterbrechung entfallen sind.

13.3) Soweit der Kunde trotz ordnungsgemäßer Terminankündigung nicht angetroffen wird und die erforderlichen Maßnahmen dadurch nicht durchgeführt werden können, kann der Wasserversorger die dadurch zusätzlich entstehenden Kosten pauschal berechnen. Der Kunde hat das Recht, nachzuweisen, dass Kosten überhaupt nicht entstanden oder wesentlich niedriger sind, als es die Pauschale ausweist.

14) Wirtschaftliche Unzumutbarkeit

Zahlungspflichten zur Ausräumung einer eventuell bestehenden wirtschaftlichen Unzumutbarkeit des Anschlusses und/oder der Versorgung bleiben von den Ziffern 3 (Baukostenzuschuss) und 4 (Hausanschluss) unberührt.

15) Auskünfte

Die Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH ist berechtigt, dem zuständigen Abwasserentsorgungspflichtigen für die Berechnung der Schmutzwassergebühren die festgestellte Menge des Frischwasserbezugs des Kunden mitzuteilen.

16) Schlichtung

Fragen oder Beschwerden im Zusammenhang mit Ihrer Wasserlieferung können an unseren Verbraucherservice per Post (Stadtwerke Augsburg, Hoher Weg 1, 86152 Augsburg), telefonisch (0821 6500-6500) oder per E-Mail (kundenservice@sw-augsburg.de) gerichtet werden. Bei der Sparte Trinkwasser nehmen wir an keinem Verbraucherstreitbelegungsverfahren teil.

17) Unternehmensdaten

Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH, Hoher Weg 1 in 86152 Augsburg, Registernummer HRB 18091 Registergericht Augsburg.

18) Inkrafttreten

Die Ergänzenden Bedingungen treten mit Wirkung vom 01.12.2021 in Kraft.

INFORMATIONEN NACH ARTIKELN 13, 14 UND 21 EU-DATENSCHUTZ-GRUNDVERORDNUNG (DS-GVO) DER STADTWERKE AUGSBURG WASSER GMBH – STAND OKTOBER 2021

1.1 Verantwortlicher im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen zum Datenschutz für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Kunden ist: Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH (im Folgenden Lieferant) in gemeinsamer Verantwortung mit der Stadtwerke Augsburg Holding GmbH, beide Hoher Weg 1, 86152 Augsburg, Telefon 0821 6500-6500, E-Mail: kundenservice@sw-augsburg.de, Internet: www.sw-augsburg.de. Die wesentlichen Informationen der gemeinsamen Verantwortung gemäß Art. 26 DS-GVO sind in Anlage1 dargestellt.

1.2 Der/Die Datenschutzbeauftragte des Lieferanten steht dem Kunden für Fragen zur Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten unter Stadtwerke Augsburg Holding GmbH, Stabsstelle – Beauftragtenwesen Datenschutz; Hoher Weg 1; 86152 Augsburg, E-Mail: betroffenenrechte-dsgvo@sw-augsburg.de, Fax 0821 6500-14503 zur Verfügung.

1.3 Der Lieferant verarbeitet folgende Kategorien personenbezogener Daten: Kontaktdaten des Kunden (z. B. Name, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer), Branche, Daten zur Verbrauchsstelle (z. B. Zählernummer), Verbrauchsdaten, Angaben zum Belieferungszeitraum, Abrechnungsdaten (z. B. Bankverbindungsdaten) und Daten zum Zahlungsverhalten.

1.4 Der Lieferant verarbeitet die personenbezogenen Daten des Kunden zu den folgenden Zwecken und auf folgenden Rechtsgrundlagen:

- 1.4.1 Erfüllung (inklusive Abrechnung) des Wasserlieferungsvertrages und Objektschutzvertrages und Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen auf Anfrage des Kunden auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit. b) DS-GVO.
- 1.4.2 Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen (z. B. wegen handels- oder steuerrechtlicher Vorgaben) auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. c) DS-GVO.
- 1.4.3 Wahrnehmung von Aufgaben, die im öffentlichen Interesse liegen (z. B. zur Einschaltung des Gesundheitsamtes bei Belangen der Wasserqualität) auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e) DS-GVO.
- 1.4.4 Direktwerbung und Marktforschung auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. a) DS-GVO, wenn Sie uns hierzu eine Einwilligung erteilt haben.
- 1.4.5 Soweit der Kunde dem Lieferanten eine Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten zur Direktwerbung und Marktforschung erteilt hat, verarbeitet der Lieferant personenbezogene Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. a) DS-GVO. Eine Einwilligung zur Direktwerbung und Marktforschung kann der Kunde jederzeit gemäß Art. 7 Abs. 3 DS-GVO widerrufen.

1.5 Die personenbezogenen Daten des Kunden werden – im Rahmen der in Ziffer 1.4 genannten Zwecke – weitergegeben an:
Zum Beispiel Dienstleister im Bereich IT, Druck, Versand, Logistik, dem Forstmanagement, der Abrechnung, für die Durchführung der Finanzbuchhaltung, dem Kundenmanagement (s. Anlage 1), dem Marketing, Rechtsanwaltskanzleien, und Inkasso-Dienstleister, Netzbetreiber und Messstellenbetreiber. Eine Weitergabe der personenbezogenen Daten des Kunden erfolgt außerdem an Institutionen sowie an öffentliche Stellen (z. B. Gesundheitsamt, Polizei, Gerichte, Gemeinden (für die Abrechnung von Abwasser)), soweit hierzu eine gesetzliche Verpflichtung oder Berechtigung besteht (Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. c) DS-GVO). Die vollständige Liste aller Empfänger der oben genannten Kategorien kann jederzeit unter www.sw-augsburg.de/datenschutz/ eingesehen werden.

1.6 Zudem verarbeitet der Lieferant personenbezogene Daten, die er von den in Ziffer 1.5 genannten Empfängern bzw. Kategorien von Empfängern erhält (z. B. bei Adressänderungen im Rahmen von Versanddienstleistungen).

1.7 Eine Übermittlung der personenbezogenen Daten an oder in Drittländer oder an internationale Organisationen erfolgt nicht.

1.8 Die personenbezogenen Daten des Kunden werden zu den unter Ziffer 1.4 genannten Zwecken solange gespeichert, wie dies für die Erfüllung dieser Zwecke erforderlich ist. Bestehen gesetzliche Aufbewahrungspflichten, insbesondere aus dem Handels- und Steuerrecht (§§ 147 AO, 257 HGB), sind wir verpflichtet, die Daten bis zum Ablauf dieser Fristen zu speichern. Die Verarbeitung der Daten auf Basis einer Einwilligung für die Zwecke der Direktwerbung und Marktforschung erfolgt nur solange eine gültige Einwilligung vorliegt.

1.9 Der Kunde hat gegenüber dem Lieferanten Rechte auf Auskunft über seine gespeicherten personenbezogenen Daten (Art. 15 DS-GVO); Berichtigung der Daten, wenn sie fehlerhaft, veraltet oder sonst wie unrichtig sind (Art. 16 DS-GVO); Löschung, wenn die Speicherung unzulässig ist, der Zweck der Verarbeitung erfüllt und die Speicherung daher nicht mehr erforderlich ist oder der Kunde eine erteilte Einwilligung zur Verarbeitung bestimmter personenbezogener Daten widerrufen hat (Art. 17 DS-GVO); Einschränkung der Verarbeitung, wenn eine der in Art. 18 Abs. 1 lit. a) bis d) DS-GVO genannten Voraussetzungen gegeben ist (Art. 18 DS-GVO), Datenübertragbarkeit der vom Kunden bereitgestellten, ihn betreffenden personenbezogenen Daten (Art. 20 DS-GVO), Recht auf Widerruf einer erteilten Einwilligung, wobei der Widerruf die Rechtmäßigkeit der bis dahin aufgrund der Einwilligung erfolgten Verarbeitung nicht berührt (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO) und Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde – BayLfD in München www.datenschutz-bayern.de/ - (Art. 77 DS-GVO).

1.10 Im Rahmen dieses Vertrages muss der Kunde diejenigen personenbezogenen Daten (vgl. Ziffer 1.3) bereitstellen, die für den Abschluss des Vertrages und die Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung der Lieferant gesetzlich verpflichtet ist. Ohne diese Daten kann der Vertrag nicht abgeschlossen bzw. erfüllt werden.

1.11 Der Abschluss und die Erfüllung des Vertrages wird von keiner automatisierten Entscheidung gemäß Art. 22 Abs. 1 DS-GVO abhängig gemacht.

WIDERRUFS- / WIDERSPRUCHSRECHT

Der Kunde kann seine Einwilligung zur Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten für Zwecke der Direktwerbung und/oder der Marktforschung gegenüber dem Lieferanten ohne Angabe von Gründen jederzeit widerrufen. Der Lieferant wird die personenbezogenen Daten nach dem Eingang des Widerrufs nicht mehr für die Zwecke der Direktwerbung und/oder Marktforschung verarbeiten und die Daten löschen, wenn eine Verarbeitung nicht zu anderen Zwecken (beispielsweise zur Erfüllung des Vertrages) erforderlich ist.

Auch anderen Verarbeitungen, die der Lieferant auf die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse i. S. d. Art. 6 Abs. 1 lit. e) DS-GVO liegt kann der Kunde gegenüber dem Lieferanten aus Gründen, die sich aus der besonderen Situation des Kunden ergeben, jederzeit unter Angabe dieser Gründe widersprechen.

Der Lieferant wird die personenbezogenen Daten im Falle eines begründeten Widerspruchs grundsätzlich nicht mehr für die betreffenden Zwecke verarbeiten und die Daten löschen, es sei denn, er kann zwingende Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten des Kunden überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerruf bzw. Widerspruch ist zu richten an die:

STADTWERKE AUGSBURG HOLDING GMBH

Kundencenter
Zentrale Anlaufstelle für Datenschutz
Hoher Weg 1
86152 Augsburg
kundenservice@sw-augsburg.de

ANLAGE 1: VEREINBARUNG ÜBER DIE VERARBEITUNG IN GEMEINSAMER VERANTWORTUNG – WESENTLICHE INFORMATIONEN NACH ART. 26(2) DS-GVO

Wir stellen Ihnen nachfolgend die wesentlichen Inhalte zur Verfügung, welche die Gesellschaften der swa-Unternehmensgruppe vertraglich im Zuge einer gemeinsamen Verantwortung gemäß Art. 26 DSGVO für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten vereinbart haben.

Zweck der Gemeinsamen Verantwortung:

Die Verarbeitung in Gemeinsamer Verantwortung erfolgt, um den Kunden / Interessenten der swa-Unternehmensgruppe ein zentrales Kundenportal, Kundenservice sowie eine zentrale Anlaufstelle für Anfragen aller Art zur Verfügung zu stellen.

Beteiligte Gesellschaften:

Die vertraglich vereinbarte Gemeinsame Verantwortung besteht bilateral zwischen der Stadtwerke Augsburg Holding GmbH als Muttergesellschaft und ihren jeweiligen Tochtergesellschaften. Eine Übersicht aller beteiligten Tochtergesellschaften finden Sie nachfolgend:

- Stadtwerke Augsburg Energie GmbH
- swa Netze GmbH
- Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH
- swa KreativWerk GmbH & Co. KG
- swa KreativWerk Verwaltungs-GmbH
- Stadtwerke Augsburg Verkehrs-GmbH
- avg Augsburgischer Verkehrsgesellschaft mbH
- asg Augsburgischer Verkehrs-Servicegesellschaft mbH
- Stadtwerke Augsburg Carsharing GmbH
- Stadtwerke Augsburg Projektgesellschaft mbH

Rollen der Gemeinsamen Verantwortlichen:

Die jeweilige Tochtergesellschaft ist Ihr Vertragspartner, die Stadtwerke Augsburg Holding GmbH ist Betreiber des gemeinsamen Kundenportals und zuständig für die zentrale Kundenbetreuung und -services, sprich Ihr zentraler Ansprechpartner für alle Dienst- und Vertragsleistungen der swa-Unternehmensgruppe.

Zusammenwirken der Gemeinsam Verantwortlichen:

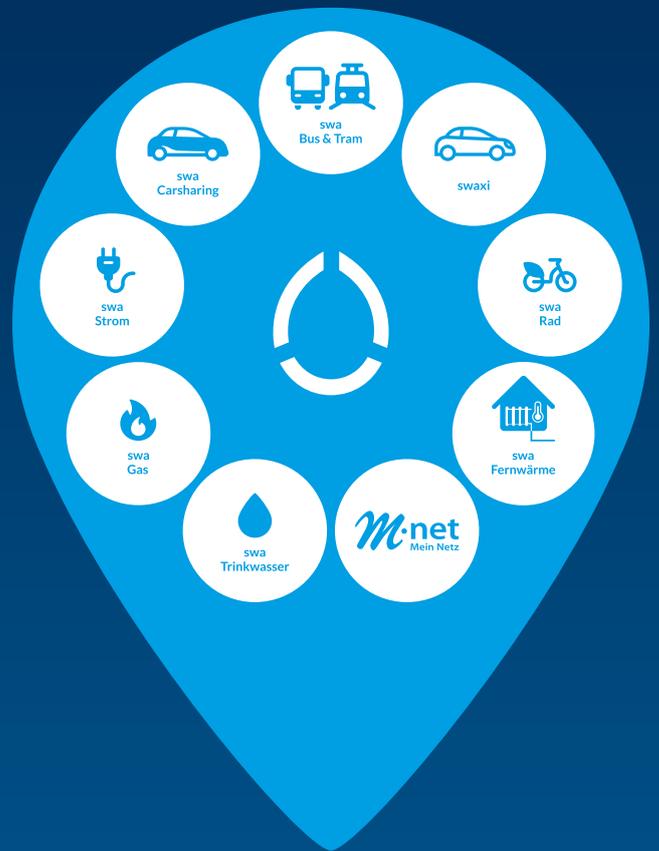
Die jeweilige Tochtergesellschaft übermittelt Ihre Vertragsdaten zur Aufnahme durch die Stadtwerke Augsburg Holding GmbH in das zentrale Kundenportal. Gleiches gilt, wenn die Stadtwerke Augsburg Holding GmbH Vertragsdaten aus dem Kundenkontakt im Rahmen ihrer zentralen Funktion für die jeweiligen Tochtergesellschaften erhebt und an diese übermittelt.

Erfüllung der Informationspflichten und Betroffenenrechte:

Die jeweilige Tochtergesellschaft informiert Sie über die Datenschutzhinweise bzgl. der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Zuge der Vertragsanbahnung, des Vertragsschlusses und die anschließende Übermittlung der Daten an das Kundenportal der Stadtwerke Augsburg Holding GmbH. Die Stadtwerke Augsburg Holding GmbH informiert Sie über die Datenschutzhinweise bzgl. der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Zuge des zentralen Kundenportals und -services. Die Stadtwerke Augsburg Holding GmbH ist Ihr zentraler Ansprechpartner für die Ausübung Ihrer Betroffenenrechte nach Art. 15 bis 22 DSGVO.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an:

Stadtwerke Augsburg Holding GmbH
Kundencenter
Zentrale Anlaufstelle für Datenschutz
Hoher Weg 1
86152 Augsburg
kundenservice@sw-augsburg.de



 **swa Kundencenter am Kö**
swa Kundencenter Hoher Weg
Die aktuellen Öffnungszeiten finden Sie
auf unserer Website:
swa.to/oeffnungszeiten

 **Trinkwasser: 0821 6500-6500**

 www.sw-augsburg.de

 kundenservice@sw-augsburg.de

 swa City
swa Mobil
swa BiBo
swaxi

